

AUSGABE 6 | 2021

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Impfbereitschaft stärker fördern –
Schuljahresbeginn gut vorbereiten

Kommunale Investitionen
gewährleisten

Hohe Defizite bei großen kommunalen
Krankenhäusern ausgleichen

CO₂-Preis anpassen

AUS DEN STÄDTEN

Surfen in Hannover

Besser zu Fuß in Stuttgart

Reisepass aus dem Pop-up-Store
in Bremen

FORUM

Erfolgsbilanz aus Bottrop: Jede
Kommune kann Klimastadt werden

Konferenz zur Zukunft Europas

FACHINFORMATIONEN

Impfbereitschaft stärker fördern – Konzepte für Schulbeginn entwickeln

Der Deutsche Städtetag fordert Bund und Länder auf, mit vorausschauenden Maßnahmen die Gefahr einer vierten Corona-Welle zu minimieren und das Impftempo nochmal zu steigern.

Der Präsident des Deutschen Städtetages und Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung sagte nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des kommunalen Spitzenverbandes am 1. Juli in Berlin: „Wir sind erleichtert, dass die Infektionszahlen rapide sinken und wieder mehr persönliche Begegnungen möglich sind. Die Bürgerinnen und Bürger haben zu diesem Erfolg beigetragen. Dafür wollen wir Danke sagen. Gemeinsam

müssen wir jetzt die Gefahr einer vierten Welle im Herbst minimieren. Je höher die Infektionszahlen sind, mit denen wir in den September starten, desto gravierender werden die Beschränkungen im Herbst werden. Meine dringende Bitte an die Menschen ist: Genießt die zurückgewonnenen Freiheiten, aber bitte verantwortungsvoll.

Ob in Urlaub fahren oder zu Hause den Sommer mit Freunden genießen und feiern: Am besten ist das mit Impfung oder zumindest mit tagesaktuellen Tests, auch wenn es nicht verpflichtend ist. Unser Verhalten im Sommer entscheidet darüber, ob wir im Dezember Weihnachtsmärkte besuchen können.

Außerdem müssen wir alle gemeinsam es schaffen, das Impftempo noch zu steigern. Die kommunalen Impfzentren machen da gerne in den kommenden Wochen weiter mit. Dafür brauchen wir genug Impfstoff. Wir brauchen die Herdenimmunität so schnell wie möglich. Wir müssen im Wettlauf mit neuen Virusvarianten die Nase vorn behalten.

Die Pandemie kann nur effektiv eingedämmt werden, wenn die Bereitschaft zum Impfen möglichst hoch gehalten wird. Das Impfen ist auch eine Frage der Solidarität. Denn jede Impfung zählt, um eine Rückkehr zur Normalität zu erreichen. Hierzu braucht es frühzeitig Strategien.“

Sichere Rückkehr in Schulen und Kitas nach der Sommerpause

Die Städte werden den Sommer nutzen, damit Schutz- und Hygienemaßnahmen in den Schulen zum Beginn des neuen Schuljahres stimmen. An Bund und Länder appellieren die Städte, eine einheitlich abgestimmte Haltung für den Beginn des neuen Schul- und Kitajahres zu entwickeln.



RKI-Präsident Prof. Dr. Lothar Wieler, hier virtuell zugeschaltet zur Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetages im Roten Rathaus Berlin am 30. Juni (Foto: Uwe Steinert/Deutscher Städtetag)

Viele Experten befürchten, dass die Infektionen nach den Ferien in Kitas und Schulen wieder ansteigen. Deshalb fordert Städtetagspräsident Jung: „Kinder, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer brauchen einen geordneten Beginn des neuen Schul- und Kitajahres nach dem Sommer. Es darf keine Überraschungen und kein Durcheinander für Schulen und Kitas geben. Die Impfquote kann aufgrund fehlender Impfstoffe für Kinder nur niedrig sein. Deshalb müssen wir weiter flächendeckend testen. Das ist das beste Instrument, um frühzeitig Infektionen zu entdecken. Wenn die Welle erst einmal rollt, ist es zu spät.“

Jung betonte, Jugendliche und junge Erwachsene hätten sich in der Corona-Epidemie solidarisch mit den Älteren und Schwachen gezeigt. Sie haben sich an Corona-Beschränkungen gehalten, die in diesem Lebensalter die Lebensqualität in besonderer Weise beeinträchtigen. „Nun ist es an der Zeit, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit zu geben, sich in größerer Zahl zu treffen, Freude zu haben und Lebensqualität zurück zu bekommen.“

Einige Städte haben hierfür bereits Konzepte erarbeitet“, so Jung. Bund und Länder seien gefordert, die rechtlichen Rahmenbedingungen des Infektionsschutzes so auszugestalten, dass sie diese Konzepte ermöglichen.

Mobile Impfteams gezielt einsetzen

Die Impfkampagne muss auch im Herbst weitergehen, machte der Städtetag deutlich. Städtetagspräsident Jung sagte: „Wenn allen Impfwilligen ein Angebot gemacht werden konnte, darf die Impfkampagne nicht einfach abbrechen. Wir müssen mehr Menschen ansprechen, die sich beim Impfen bisher zurückhalten. Wir müssen ihnen niedrigschwellig Angebote machen. Wir wollen stärker auf schwer erreichbare Menschen in benachteiligten Stadtteilen zugehen. Mobile Impfteams können beispielsweise gezielt wohnungslose Menschen ansprechen oder Auffrischungsimpfungen in Alten- und Pflegeheimen übernehmen.“

➔ www.staedtetag.de/impftempo-steigern

TITELFOTO

documenta fifteen

„Das Traumschiff Tante Olga“, von Anatol gebaut für die documenta 6 im Jahr 1977, ankert auf dem Freigelände der Heinrich-Schütz-Schule in Kassel. Nun soll es planmäßig eine weitere documenta geben – die 15. – im kommenden Jahr vom 18. Juni bis 25. September 2022. Der Aufsichtsratsvorsitzende und Oberbürgermeister der Stadt Kassel, Christian Geselle, sagte: „Wichtiger als neue Besuchsrekorde anzustreben, ist es, ein von der Kultur ausgehendes Zeichen der Hoffnung zu setzen.“ Auf die aktuellen Entwicklungen der Pandemie wollen die Veranstalter dann angemessen reagieren. Die documenta zeigt seit 1955 alle fünf Jahre die aktuellen Tendenzen der Gegenwartskunst.

(Foto: Andreas Weber/Stadt Kassel)

Städtetag warnt vor Rotstift bei kommunalen Investitionen

Die Städte warnen vor einem Rückgang ihrer Investitionen in Milliardenhöhe und steigenden kommunalen Schuldenbergen. Der Deutsche Städtetag fordert Bund und Länder auf, in einer Gemeinschaftsaktion die Corona-Ausfälle bei der Gewerbesteuer für dieses und nächstes Jahr auszugleichen. Es gehe um die Zukunft der Städte.

Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster, Markus Lewe, sagte nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des kommunalen Spitzenverbandes in Berlin: „Uns fehlen 2021 und 2022 wegen Corona

insgesamt 20 Milliarden Euro Steuereinnahmen. Trotzdem gibt es anders als im vergangenen Jahr keine gemeinsame Hilfe von Bund und Ländern. Die Städte müssen deshalb reihenweise Projekte absagen oder auf die lange Bank schieben. Viele Städte sind gezwungen, bei dringend nötigen Investitionen in Schulen und Kitas zu sparen. Auch die Schuldenberge wachsen wieder. Uns ist nicht damit geholfen, dass Bund und Länder sich gegenseitig die Verantwortung zuschieben. Wie im vergangenen Jahr brauchen wir eine Gemeinschaftsaktion, und dafür müsste der Bund wieder die Initiative ergreifen. Bund und Länder müssen die Gewerbesteuer-

ausfälle durch Corona für 2021 und 2022 übernehmen. In den beiden Jahren fehlen zusammen mehr als 11 Milliarden Euro beim bundesweiten Aufkommen der Gewerbesteuer.“

Von den Städten kommt über die Hälfte der öffentlichen Sachinvestitionen. Dank der Hilfe von Bund und Ländern im vergangenen Jahr konnten die Städte 2020 trotz Corona kräftig investieren. Derzeit gehen aber fast 60 Prozent der Kommunen davon aus, dass sie ihre Investitionen kürzen müssen. Das bremst den Wirtschaftsaufschwung. Viele Aufträge für Handwerk und Gewerbe aus den Regionen stehen nun auf der Kippe. Dabei gibt es bei Investitionen in den Kommunen einen gewaltigen Nachholbedarf von bundesweit 149 Milliarden Euro, allein bei den Schulen sind es rund 47 Milliarden Euro.

Städtetagsvizepräsident Lewe: „Starke öffentliche Investitionen gibt es nur mit starken Kommunen. Deshalb sind wir enttäuscht, dass Bundestag und Bundesrat in den letzten regulären Sitzungen vor der Wahl keine Hilfe für die Kommunen beschlossen haben. Statt nach Corona durchzustarten, die Wirtschaft anzukurbeln und kräftig in Klimaschutz und Bildung zu investieren, wird nun in vielen Städten der Rotstift regieren. Wir schlagen Alarm, um Schaden für unsere Städte und Schaden für unser Land abzuwenden. Es geht um die Zukunft unserer Städte und die Lebensqualität für die Menschen.“ Spätestens nach der Bundestagswahl müsse sich der Bund endlich einen Ruck geben und handeln.

Beispiele aus Göttingen, Hoyerswerda und aus den Landeshauptstädten Kiel, Magdeburg und München, allesamt Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages, belegen exemplarisch, wo und wie sehr die Pandemiebedingungen Steuermindereinnahmen fehlen:

➔ www.staedtetag.de/warnung-vor-rotstift

Foto: Stadt Münster



„Starke öffentliche Investitionen gibt es nur mit starken Kommunen. Deshalb sind wir enttäuscht, dass Bundestag und Bundesrat in den letzten regulären Sitzungen vor der Wahl keine Hilfe für die Kommunen beschlossen haben.“

Oberbürgermeister
Markus Lewe,
Vizepräsident des Deutschen
Städtetages



Beschlüsse des Präsidiums

Das Präsidium des Deutschen Städtetages hat in seiner Sitzung am 30. Juni in Berlin unter anderem zu folgenden Themen Beschlüsse gefasst:

- Digitale Transformation als Herausforderung für die kommunale Kulturpolitik
- Forderungen für die digitale Verwaltung von morgen
- Diskussionspapier Biodiversität
- Materialmangel in der Bauwirtschaft
- Positionspapier Urbane Landwirtschaft
- Modellversuche zu Tempo 30

Die Beschlüsse sind abrufbar unter:
➔ www.staedtetag.de/positionen/beschluesse

Defizite bei großen kommunalen Krankenhäusern sind besorgniserregend

Die Städte fürchten um den Bestand der großen kommunalen Krankenhäuser. Die Defizite sind schon in den vergangenen Jahren gestiegen. Jetzt wirkt die Corona-Pandemie wie ein Brandbeschleuniger. Der Deutsche Städtetag fordert Bund und Länder auf, die finanzielle Lage der Krankenhäuser schnell zu verbessern, damit sie ihre lebensnotwendigen Dienstleistungen weiter in hoher Qualität erbringen können. Strukturelle Probleme, die die Corona-Krise besonders deutlich gemacht hat, müssten jetzt angepackt werden.

Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Leipzig, betonte in einer gemeinsamen virtuellen Pressekonferenz mit drei weiteren Oberbürgermeistern: „Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt: Große kommunale Krankenhäuser sind zusammen mit den Universitätskliniken das Rückgrat einer hochwertigen Gesundheitsversorgung. Jeder Tag der Pandemie ist eine neue Bewährungspro-

be, die sie mit Bravour stemmen. Zudem übernehmen viele Maximalversorger und Schwerpunktkrankenhäuser Verantwortung für eine ganze Region. Doch viele Krankenhäuser sind inzwischen selbst Patient. Sie sind chronisch unterfinanziert. Nahezu alle kommunalen Großkrankenhäuser haben mit Defiziten zu kämpfen. Im Corona-Jahr 2020 verschlechterte sich ihr Jahresergebnis um durchschnittlich rund 6 Millionen Euro.

Schon vor der Corona-Pandemie bestanden strukturelle Finanzierungsdefizite kommunaler Großkrankenhäuser. Sie zeigen sich jetzt noch stärker. Im Jahr 2019 haben rund 40 Prozent der öffentlich-rechtlichen Häuser ihre Haushalte mit Verlusten abgeschlossen. Für 2020 rechnen wir mit knapp 80 Prozent der Häuser.

Die Finanzierung der kommunalen Maximalversorger und Schwerpunktkrankenhäuser ist völlig unzureichend. Es bleiben finanzielle Löcher in Millionenhöhe. Dann werden die



Foto: Carsten Simon
Oberbürgermeister
Uwe Conradt
Landeshauptstadt
Saarbrücken

„Die Pandemie hat eindrucksvoll gezeigt: Das städtische Klinikum Saarbrücken ist der zentrale Pfeiler für die gesundheitliche Daseinsvorsorge in unserer deutsch-französischen Grenzregion. Die Kolleginnen und Kollegen leisten Hilfe, wann immer sie gebraucht werden. 1200 COVID-Patienten hat unser Corona-Schwerpunktzentrum bislang versorgt. Und als in Frankreich die Versorgung nicht mehr sichergestellt werden konnte, hat unser Klinikum geholfen und französische Patienten aufgenommen. Jetzt ist es an der Zeit, dass endlich die kommunalen Krankenhäuser unbürokratisch Hilfe erfahren. Vor allem der Bund ist in der Pflicht.“

„Die zunehmende Verlagerung der Kosten im Gesundheitswesen auf die Kommunen nimmt uns Städten die finanziellen Spielräume zur Umsetzung wichtiger Aufgaben wie beispielsweise im Bildungsbereich oder bei der Verkehrswende. Wir brauchen daher schnelle Hilfen zum Ausgleich und mittelfristig ein Umsteuern in der Gesundheitspolitik.“



Foto: Fotografie Sommer
Oberbürgermeister
Michael Cerny
Stadt Amberg

„Die Corona-Krise zeigt, was kommunal getragene Krankenhäuser leisten. Das gilt auch für das Städtische Klinikum Braunschweig. Als Maximalversorger der Region Braunschweig versorgt es in seinem Einzugsgebiet über die Stadtgrenzen hinaus eine weitere Million Menschen. Aktuell kann das Klinikum bei weitem nicht kostendeckend betrieben werden und muss zudem Bauprojekte im Umfang von rund 800 Millionen Euro größtenteils selbst finanzieren. Die Stadt engagiert sich notgedrungen selbst und unterstützt als Trägerin intensiv bei der Finanzierung der nicht durch Fördermittel gedeckten Investitionen, muss aber ihrerseits im laufenden Jahr rund 42 Millionen Einnahmeausfälle als Folge der Corona-Pandemie verkraften.“



Foto: Stadt Braunschweig/Daniela Nielsen
Oberbürgermeister
Ulrich Markurth
Stadt Braunschweig

kommunalen Träger zum Ausfallbürgen. Sie müssen einspringen, um die Krankenhäuser erhalten zu können. Und das, obwohl die Städte ohnehin schon einen erheblichen Teil der Krankenhausinvestitionen mitfinanzieren. Gleichzeitig fehlen den Städten durch Corona Steuereinnahmen. Das engt den Handlungsspielraum deutlich ein.

Städtetagspräsident Jung erläuterte: „Krankenhausdefizite in ungeahnter Höhe und wegbrechende Steuereinnahmen durch Corona sind ein brisantes Gemisch. Wir warnen davor, die Kommunen finanziell zu überfordern. Sonst wächst die Gefahr, dass manche Kommunen keine Möglichkeit mehr sehen, das Großkrankenhaus mit erheblichem Defizit zu erhalten. Bund und Länder müssen

die erforderlichen Mittel bereitstellen, damit kommunal getragene Großkrankenhäuser wieder auf gesunden Füßen stehen können. Die Länder müssen endlich ihrer Investitionspflicht nachkommen und den Investitionsstau von mindestens 30 Milliarden Euro auflösen. Wir brauchen frisches Geld.“ Nicht zuletzt in der Corona-Krise habe sich die Bedeutung der kommunal getragenen Krankenhäuser gezeigt. Sie werden für eine sichere Versorgung dringend gebraucht, nicht nur in Pandemiezeiten.

Das Forderungspapier: „Auskömmliche Finanzierung für kommunale Großkrankenhäuser – jetzt!“ ist abrufbar unter www.staedtetag.de/sicherung-kommunaler-grosskrankenhaeuser

Klimaschädliches Verhalten muss einen höheren Preis haben

Um beim Klimaschutz schneller voranzukommen, fordert der Deutsche Städtetag, den CO₂-Preis auf Öl und Gas zeitnah auf mindestens 50 Euro pro Tonne zu erhöhen.

„Wir müssen beim Klimaschutz mutigere Schritte gehen. Klimaschädliches Verhalten muss einen höheren Preis haben“, sagte Städtetagspräsident Burkhard Jung am 3. Juli der Deutschen Presse-Agentur. Ohne einen höheren CO₂-Preis könne es keine ausreichenden Anreize für Verhaltensänderungen geben, argumentierte Jung. Das bedeute dann aber auch, den öffentlichen Nahverkehr und die Stromversorgung auf Basis erneuerbarer Energien deutlich auszubauen, sagte Jung.

Auch der soziale Ausgleich dürfe bei steigenden CO₂-Preisen nicht fehlen. Vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen dürften nicht zusätzlich durch höhere Kosten belastet werden, erklärte Jung. Eine konkrete Jahreszahl für den geforderten Anstieg auf 50 Euro nannte der Deutsche Städtetag aber nicht.

Derzeit liegt der CO₂-Preis, der seit 1. Januar im Wärme- und Verkehrsbereich auf fossile Energieträger gilt, bei 25 Euro pro Tonne Kohlenstoffdioxid (CO₂). Er soll bis 2025 schrittweise auf 55 Euro steigen, im kommenden Jahr soll er nach den Plänen der Bundesregierung bei 30 Euro liegen. Mit der Forderung nach einer noch schnelleren Erhöhung wolle der Städtetag vor der Bundestagswahl ein Signal an die Parteien senden, sagte Jung. Die Klimaschutzmaßnahmen müssten über die Pläne der aktuellen Bundesregierung hinausgehen. „Die Städte wollen das Ziel der Klimaneutralität so schnell wie möglich erreichen. Damit das gelingt, erwarten wir nach der Wahl weitreichende und schnelle Entscheidungen der Bundespolitik“, sagte Jung.

Mit freundlicher Genehmigung der dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH, Hamburg, www.dpa.de



Foto: Michael Bader

„Die Städte wollen das Ziel der Klimaneutralität so schnell wie möglich erreichen.“

Oberbürgermeister
Burkhard Jung
Präsident des Deutschen
Städtetages

Hannover wird Surfspot

Mitten in der Stadt Hannover entsteht ein Surfspot auf der Leine. Der erste Spatenstich für das Projekt war Ende Juni. Hauptsponsor ist mit der enercity Aktiengesellschaft (ehemals Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft) ein kommunales Energieversorgungs- und Dienstleistungsunternehmen. Auf der Leine soll nach Fertigstellung der dafür nötigen, speziellen Stauanlage nahezu unabhängig von der Wassermenge im Fluss gesurft werden können.

➔ www.leinewelle.de



Foto: Sascha Wolters / enercity

Bremen bietet Bürgerservice per Pop-up-Store

Weil die Nachfrage nach Ausweisdokumenten in den Sommermonaten sehr hoch ist, sorgt Bremen mit einem Pop-Up-Angebot für zusätzliche Termine. In der Versteigerungshalle des Fundamts in der Stresemannstraße 48 können Ausweisdokumente wie Personalausweise, Reisepässe sowie Kinderreisepässe beantragt und abgeholt werden. Das Prinzip Pop-Up-Store funktioniert in Bremen bereits bei anderen kleinen Geschäften. Diese öffnen kurzfristig und provisorisch – sie poppen auf – und nach ein paar Wochen oder Monaten schließen sie wieder. Das Bürgeramt hat dieses Konzept nun als Dienstleistungsangebot übernommen.

➔ www.senatspressestelle.bremen.de



Foto: Thomas Hörner, Stadt Stuttgart

Stuttgart erweitert Fußverkehrskonzept

Die fünftgrößte Stadt in Deutschland, Stuttgart, will mit sogenannten Stuttgarter Rechtecken die 14 Hauptfußwege und 16 Flanierwegen in der Stadt attraktiver machen. Das Rechteck auf PKW-Parkflächen soll Fußgängerinnen und Fußgängern die Mobilität erleichtern und gebündelt Gegenstände aufnehmen, die ansonsten auf dem Gehweg stehen – wie Parkscheinautomaten, Fahrradbügel, Sitzmöglichkeiten, Stromkästen, Kundenstopper, Abfallbehälter oder Beschilderungen. In Stuttgart ist zu Fuß gehen bezogen auf die Anzahl der Wege die wichtigste Fortbewegungsart nach dem PKW.

➔ <https://t1p.de/stuttgarter-rechtecke>



Foto: Wirtschaftsförderung Bremen

Zehn Jahre InnovationCity Bottrop belegen: Jede Kommune kann Klimastadt werden

Von Burkhard Drescher

In einem innerstädtischen Pilotgebiet mit 70.000 Einwohnerinnen und Einwohnern haben die Stadt Bottrop und die Innovation City Management GmbH (ICM) die CO₂-Emissionen innerhalb von zehn Jahren halbiert. Die Treibhausgase sanken von gut 341.000 Tonnen CO_{2e} im Jahr 2009 auf 170.000 Tonnen CO_{2e} im Abschlussjahr 2020. Neben dem CO₂-Wert gibt es weitere entscheidende Ergebnisse, die den nachhaltigen Wandel von der Kohlestadt zur Klimastadt belegen. Das sind die wichtigsten Entwicklungen:

- Bottrop belegt unter allen Großstädten in NRW den Spitzenplatz bei der Photovoltaik-Dichte pro Einwohner.
- Die von Wohngebäuden ausgehenden CO₂-Emissionen sind im Bund von 2010 bis 2020 um 19 Prozent zurückgegangen, in der InnovationCity um 47 Prozent.
- Im Sektor Arbeit/Industrie ist der CO₂-Ausstoß von 2009 bis 2020 auf Bundesebene um 5,3 Prozent gesunken, in der InnovationCity um 56 Prozent.
- Der CO₂-Ausstoß pro Kopf (ohne den Sektor Verkehr) lag 2020 im Bottroper Modellgebiet bei 2,44 Tonnen pro Jahr, bundesweit bei 6,11.
- 36,6 Prozent des privaten Wohnbestandes wurden modernisiert, die jährliche energetische Modernisierungsrate liegt in der InnovationCity bei 3,3 Prozent.
- Ein neuer Fördertopf für energetische Gebäudemodernisierungen war mit 2,7 Mio. Euro gefüllt. Diese Mittel stießen Gesamtinvestitionen von über 20 Mio. Euro an.
- In Bottrop nahmen 11.355 Menschen an 437 Veranstaltungen der ICM teil.
- 3.954 Energieberatungen wurden bis zum 31.12.2020 durchgeführt und damit mehr als 30 Prozent aller Einzeleigentümer im Pilotgebiet erreicht.
- Die CO₂-Emissionen der öffentlichen Gebäude in der InnovationCity sind von

2009 bis 2020 um 40 Prozent zurückgegangen.

Ich vertrete die Auffassung, dass Klimaschutz nichts mit Verzicht zu tun hat. Die Ergebnisse der InnovationCity unterstützen meine Position. Das Projekt belegt, dass Maßnahmen für den Klimaschutz nicht im Widerspruch zu unternehmerischem Erfolg und dem Erhalt von Arbeitsplätzen stehen. Beim klimagerechten Stadtumbau gibt es keine Verlierer.

Mit den Auswirkungen der InnovationCity auf den Arbeitsmarkt hat sich das Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und Strukturpolitik (RUFIS) beschäftigt. Vor dem Hintergrund des nahenden Endes des Steinkohlebergbaus in Bottrop war das Projekt von Anfang an darauf ausgelegt, Arbeitsplätze zu erhalten. Es sind insgesamt fast 732 Mio. Euro investiert worden, 420 Mio. Euro davon führten zu regionaler Produktion in Bottrop. Das RUFIS hat die Beschäftigungseffekte für Bottrop zusammengefasst, die durch die Investitionen, Vorleistungen und die zusätzlichen Konsumgüterleistungen entstanden sind, und kommt auf eine Gesamtzahl von 3.211 Erwerbstätigenjahren. Laut RUFIS zeigt Bottrop, dass Maßnahmen zum Klimaschutz nicht nur die Treibhausgase reduzieren, sondern gleichzeitig auch Produktion und Beschäftigung generieren.

Ideengeber für die InnovationCity Ruhr war 2009 der Initiativkreis Ruhr. Das Wirtschafts-bündnis schrieb den Städtewettbewerb „Blauer Himmel, grüne Stadt“ aus, um Impulse in der Energieregion Ruhrgebiet zu setzen und ihre Innovationskraft unter Beweis zu stellen. Bottrop machte unter 16 Bewerbern das Rennen – weil Oberbürgermeister Bernd Tischler es verstand, seine Bürger:innen für den Klimagedanken zu motivieren. Das große Interesse der Bottroper:innen an den Klima-



InnovationCity Bottrop: Sanierung Rathaus, Vivawest Zukunftshaus und Photovoltaik auf der Fläche
Fotos: InnovationCity Management



themen ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor im Projekt. Was wir in den vergangenen zehn Jahren in über 300 Einzelprojekten durch die Aktivierung aller Akteure in der Stadt geschafft haben, ist eine enorme Leistung. Viele internationale Gäste wollen wissen, wie wir das Projekt gestemmt haben, Delegationen aus aller Welt informieren sich in Bottrop über die Energiewende von unten.

Das Bottroper Modell kann problemlos auf alle anderen Städte in Deutschland übertragen werden und wird bereits in vielen Kommunen angewandt: zum Beispiel in Gladbeck, Essen, Recklinghausen, Herne, Gelsenkirchen, Osnabrück, Dormagen, Eschweiler, Kamp-Lintfort, Oberhausen, Lünen, Wesel und Waltrop. Aufgabe der Politik ist es, die vorhandenen Bürokratie-Hemmnisse abzubauen, etwa beim Ausbau und der Nutzung von erneuerbaren Energien sowie bei der Förderung von Gebäudemodernisierungen. In der InnovationCity Bottrop ist eine Förderung aus Städtebaumitteln des Lan-

des NRW realisiert worden, die einfach und schnell an Hausbesitzer:innen ausgezahlt wurde. Der Zuschuss zur Modernisierung wurde entsprechend der CO₂-Einsparung der Maßnahme gewährt, um Anreize zur Verbesserung der Energiebilanz bereits bestehender Gebäude zu schaffen.

Energiewende und Klimaschutz funktionieren nur von „unten“: mit pragmatischen Lösungsansätzen auf kommunaler Ebene. Die Kommunen sollten damit beauftragt werden, energetische Konzepte für ihre Stadtquartiere zu erstellen. Dann weiß man, wo welche Maßnahmen sinnvoll sind und mit wem man sie umsetzen kann. Nur in gemeinsamen Austausch- und Abstimmungsprozessen ist sichergestellt, dass notwendige Veränderungen erkannt und angegangen werden.

Burkhard Drescher
Geschäftsführer
Innovation City Management GmbH

Konferenz zur Zukunft Europas braucht Beteiligung der kommunalen Ebene

Von Uwe Conradt



Foto: Marisa Winter/LHS Saarbrücken

Am 9. Mai – pünktlich zum Europatag – startete die zwölfmonatige Konferenz zur Zukunft Europas. Sie soll ein europäisches Forum schaffen, bei dem über die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union diskutiert wird. Alle Bürgerinnen und Bürger können sich dabei mit ihren Meinungen und Ideen zu verschiedenen Themen wie Klimaschutz, Rechtsstaatlichkeit oder den Digitalen Wandel einbringen.

Dabei sind insbesondere die Städte gefragt, innovative Ideen zu entwickeln und mutige Visionen für Europa zu formulieren. Denn hier wird die europäische Idee gelebt, hier findet Europa jeden Tag statt.

Über die lokalen Veranstaltungen haben die Kommunen die Möglichkeit, sich aktiv am Diskussionsprozess zu beteiligen und Räume für Ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, um ihre Ideen zur Zukunft Europas einzubringen.

Neben einer Europäischen Plenarversammlung (in der auch der AdR mitwirken wird), sind unterschiedliche Dialogveranstaltungen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene geplant. Zentrales Element der Konferenz zur Zukunft Europas ist eine

mehrsprachige digitale Plattform, auf der alle Veranstaltungen sowie Meinungen und Ideen eingestellt und ausgetauscht werden können.

Die Kommunen legen großen Wert darauf, dass sie eine adäquate Möglichkeit haben, an der Konferenz für die Zukunft Europas mitzuwirken. Sie erwarten konstruktive Reformen, die als Schwerpunkte der Europapolitik über die Europawahlen hinaus zielen.

Der Deutsche Städtetag wird sich auf nationaler und europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Konferenz durch die kommunale Ebene aktiv mitgestaltet und ein konstruktiver Dialog über mögliche Reformen zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union geführt werden wird.

Uwe Conradt, Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken, Vertreter des Deutschen Städtetages im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR)



Webseite zur Konferenz zur Zukunft Europas

➔ <https://europa.eu/!Tq74VP>

Plattform zur Konferenz zur Zukunft Europas

➔ <https://futureu.europa.eu>

Beschluss des DST-Präsidiums zur Konferenz zur Zukunft Europas

➔ www.staedtetag.de/beschluss-konferenz-zukunft-europas

„Städteinitiative Tempo 30“ wächst weiter



Foto: Marlene Schönwälder

Die Anfang Juli mit den Städten Aachen, Augsburg, Freiburg, Hannover, Leipzig, Münster und Ulm gestartete Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr“ erhält weiteren Zulauf. Die Städteinitiative wird von der Agora Verkehrswende mit Beteiligung des Deutschen Städtetages organisiert. Ziel ist es, mit Tempo 30 die Straßen sicher, leiser und multifunktional nutzbar zu machen, die Luftbelastung zu reduzieren und gleichzeitig die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Der Deutsche Städtetag plädiert für solche Modellversuche, um Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit außerhalb von Hauptstraßen auszuprobieren. Dafür muss jedoch die Straßenverkehrsordnung geändert werden.

Dazu sagte Städtetagspräsident Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig zum Start der Initiative: „Wir wollen den Verkehr in den Städten effizienter, klimaschonender und sicherer machen. Dafür brauchen wir aber vor Ort mehr Entscheidungsspielräume. Die Kommunen können am besten entscheiden, welche Geschwindigkeiten in welchen Straßen angemessen sind.“

➔ www.staedtetag.de/angemessene-geschwindigkeiten

„Zentrum KlimaAnpassung“ bietet bundesweite Beratung

Städte, Landkreise und Gemeinden, aber auch soziale Einrichtungen, Vereine, Initiativen, Interessengruppen und Stiftungen können seit Anfang Juli im Zentrum KlimaAnpassung kompetente Beratung für Anpassungen zur Klimaanpassung erhalten. Das Zentrum soll helfen, auf lokalen Ebenen individuelle Anpassungskonzepte zu entwickeln, öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen und sich zu vernetzen. Zudem bietet es Fortbildungsmöglichkeiten. Es ist Teil eines im März verabredeten Drei-Punkte-Plans des Bundesumweltministeriums und der kommunalen Spitzenverbände, der außerdem bessere Fördermöglichkeiten und einen Umweltpreis vorsieht.

➔ www.staedtetag.de/zentrum-klimaanpassung



5. Speyerer Migrationsrechtstage behandeln das Thema Duldung

Rechtsfragen der Duldung stehen am 4. und 5. Oktober 2021 im Mittelpunkt der 5. Speyerer Migrationsrechtstage an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Unter anderem geplant ist eine Systematisierung der unterschiedlichen Duldungstatbestände und ihrer Rechtsfolgen. Außerdem werden neuere Entwicklungen in der Rechtsprechung behandelt.

➔ www.uni-speyer.de/weiterbildung/weiterbildungsprogramm/-/online-anmeldung

Deutscher Städtetag



Foto: DSL FACTORY/Dirk Diebel

Präsidium: Die Oberbürgermeisterin der Stadt Zwickau, **Constance Arndt** (parteilos), wurde vom Hauptausschuss Anfang Juli ins Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt. Sie steht seit November 2020 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seit Februar 2021 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: PASTEROVIC

Präsidium: Ralf Oberdorfer (FDP), Oberbürgermeister der Stadt Plauen, wurde herzlich vom Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung, und vom Vizepräsidenten, Oberbürgermeister Markus Lewe, aus dem Präsidium des Deutschen Städtetages verabschiedet. Oberdorfer leitet die Geschicke der Stadt Plauen seit 2000 und engagierte sich seit 2006 im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Er war in Plauen nicht erneut zur Oberbürgermeisterwahl angetreten.



Foto: Elisa Meyer

Ausschuss für Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten: Bettina Wilhelm, Landesbeauftragte der Zentralbehörde für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau der Hansestadt Bremen, wurde zur neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten des Deutschen Städtetages gewählt. Sie ist seit 2017 Mitglied im Ausschuss und war bereits seit 2019 stellvertretende Vorsitzende. Sie folgt auf Bürgermeisterin a.D. Sonja Leidemann aus Witten, die seit 2013 Mitglied im Ausschuss war und das Amt als Vorsitzende seit 2019 innehatte.



Foto: Stadt Witten

Geburtstage



Foto: Philipp Marthaler

Dr. Stefan Fassbinder (Bündnis 90/Die Grünen), Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, feiert am 12. August seinen 55. Geburtstag. Er steht seit 2015 an der Spitze der Stadt und ist seit 2018 im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages aktiv.



Foto: FOTO Christiane

Oberbürgermeisterin **Margret Mergen**, Stadt Baden-Baden, feiert am 20. August ihren 60. Geburtstag. Die Christdemokratin steht seit 2014 an der Spitze der Stadt.



Foto: fotostudio susanne clemens

Norbert Morkes (parteilos), Bürgermeister der Stadt Gütersloh, wird am 24. August 70 Jahre alt. Seit 2020 leitet er die Geschicke der Stadt Gütersloh.



Foto: Stadt Remscheid/Thomas E. Wunsch

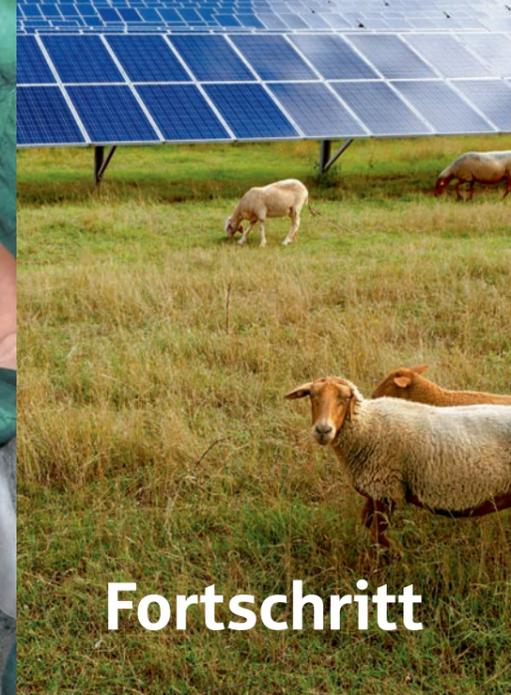
Der Oberbürgermeister der Stadt Remscheid, **Burkhard Mast-Weisz**, wird am 20. August 65 Jahre alt. Der Sozialdemokrat leitet seit 2014 die Geschicke der Stadt und ist seit 2015 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Zuversicht



Chancen



Fortschritt



Freiraum



Miteinander



Stabilität

Weil's um mehr als Geld geht.

Seit unserer Gründung prägt ein Prinzip unser Handeln: Wir machen uns stark für das, was wirklich zählt. Für eine Gesellschaft mit Chancen für alle. Für eine ressourcenschonende Zukunft. Für die Regionen, in denen wir zu Hause sind. Mehr auf [sparkasse.de/mehralsgeld](https://www.sparkasse.de/mehralsgeld)



Sparkasse



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de